

Deutsche politische Stiftungen in Ostmitteleuropa

Arbeit in den Transformationsländern

KRISTINA PRATSCH-HUCKO*

Seit Beginn der 1980er Jahre zeichnete sich ab, dass das von der Sowjetunion aufoktroyierte System der Planwirtschaft und des Einparteienstaates in den so genannten Satellitenstaaten nicht mehr zu halten war. Mit geringer zeitlicher Verzögerung kam es zwischen 1989 und 1990 in fast allen Staaten Ostmitteleuropas zu friedlichen „Revolutionen“. In Polen konnte die Gewerkschaftsbewegung *Solidarnosc* bei den Wahlen im Sommer 1989 alle frei zu besetzenden Sitze gewinnen und die erste nichtkommunistische Regierung bilden. In Ungarn erfolgte der Machtwechsel nach Verhandlungen am „Runden Tisch“ mit den ersten freien Wahlen im März 1990. In der Tschechoslowakei übernahmen Bürgerbewegungen im Juni 1990 die Führung. In Rumänien wurde das *Ceausescu*-Regime zur Jahreswende 1989/90 gewaltsam gestürzt. In den baltischen Staaten stand die nationale Unabhängigkeit im Mittelpunkt der neuen Bewegungen, die zum Teil noch kommunistisch geprägt waren. Litauen und Estland erklärten im März 1990 ihre Unabhängigkeit, Lettland im April des gleichen Jahres. Einzig in Bulgarien gingen postkommunistische Parteien als Sieger aus den ersten freien Wahlen im Juni 1990 hervor.

Auf den Jubel über das Ende des alten Systems folgte bald Ernüchterung. Was die neu-

en Machthaber vereinte, war ihre moralische Integrität. Oft handelte es sich um Intellektuelle, die während der kommunistischen Zeit erheblichen Repressionen ausgesetzt gewesen waren. Über Erfahrungen in der Regierungsarbeit verfügten sie jedenfalls nicht. Im krassen Gegensatz dazu standen die Aufgaben, die die neuen Regierungen erwarteten. Mehr als 40 Jahre kommunistischer Planwirtschaft hatten ihre Spuren hinterlassen. Zwar hatte sich die Bevölkerung mehrheitlich für die Wende entschieden, von einer Verankerung demokratischer und marktwirtschaftlicher Denkweisen konnte aber nicht die Rede sein. Die durchweg zentralistisch aufgebauten Staaten mussten innerhalb kürzester Zeit eine Reform ihrer Wirtschafts- und Verwaltungsstrukturen vollziehen, die den Bürgern zunächst vor allem Opfer abverlangte. So verwundert es nicht, dass bereits bei den nächsten Wahlen fast durchgängig wieder postkommunistische Parteien die Regierung übernahmen.¹

In dieser Phase, in der neben der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation vor allem die nationale Emanzipation und die Rückbesinnung auf nationale Werte im Vordergrund standen, konnte von einem europäischen Bewusstsein nicht die Rede sein. Dass acht Länder 15 Jahre nach der

* Dr. Kristina Pratsch-Hucko ist Leiterin des Regionalteams Europa/Nordamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin.

Wende ihren Beitritt zur Europäischen Union vollzogen haben, können die politischen Stiftungen auch als ihren Erfolg verbuchen.

Das System der deutschen politischen Stiftungen ist in dieser Form einmalig und hat seine Ursachen in den Erfahrungen der deutschen Geschichte. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte sich in der Aufbauphase der Bundesrepublik Deutschland die Erkenntnis durchgesetzt, dass Demokratie nur mit aktiven Demokraten aufgebaut werden kann. Um die Bürger für eine Mitgestaltung des neuen Systems zu gewinnen, war es notwendig, Programme der politischen Bildung und der Professionalisierung politischer Mandatsträger anzubieten. Diese Aufgabe konnte am besten von Institutionen wahrgenommen werden, die eine gewisse Nähe zur Politik besaßen, rechtlich und finanziell aber unabhängig waren. Dies gilt auch heute noch. Mit Ausnahme der Friedrich-Ebert-Stiftung, die bereits in den 1920er Jahren als Stipendiatenwerk für begabte Arbeiterkinder gegründet wurde, sind die politischen Stiftungen in dieser Aufbauphase der Bundesrepublik entstanden. Analog zu den Entwicklungen der Parteienlandschaft kamen später die Stiftungen der Grünen Partei und der PDS hinzu. Zur Zeit gibt es in Deutschland sechs politische Stiftungen:

- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
- Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)
- Hanns-Seidel-Stiftung (HSS)
- Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS)
- Heinrich-Böll-Stiftung (HBS)
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)

Go East

Unmittelbar nach der Wende 1989 begannen die politischen Stiftungen, ein Netzwerk von Außenstellen in den neuen Demokratien in Mitteleuropa aufzubauen. Ihre langjährigen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Ländern in Transformationsprozessen kam ihnen dabei entgegen. So hatten sie bereits

bei der Etablierung demokratischer Systeme in Griechenland, Spanien und Portugal in den 1970er Jahren wertvolle Arbeit geleistet.

Analog zum jeweiligen gesellschaftspolitischen Leitbild kristallisierten sich schnell die Schwerpunkte der Stiftungsarbeit in den Transformationsländern heraus. Dabei konzentrierte sich die Friedrich-Ebert-Stiftung beispielsweise stärker auf die Förderung gewerkschaftlicher Strukturen und des sozialen Ausgleichs, die Hanns-Seidel-Stiftung widmete sich der Schulung von Verwaltungskräften und dem Aufbau der Sicherheitsapparate. Die Heinrich-Böll-Stiftung, damals noch Stiftungsverband Regenbogen, legte ihren Schwerpunkt auf Umweltprojekte und die Beteiligung von Frauen an der Politik, die Friedrich-Naumann-Stiftung unterstützte liberale Initiativen. Im Folgenden wird exemplarisch auf die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) eingegangen. Dem Vermächtnis Konrad Adenauers verpflichtet, bemühte sich die KAS seit den 1970er Jahren in den europäischen Nachbarländern um Aussöhnung und den Dialog über die Europäische Einigung. Nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ konnte diese Arbeit auch in den östlichen Nachbarländern aufgenommen werden. Mit der Errichtung von Außenstellen² in Warschau (1989), Budapest und Moskau (1990), Prag (1991) Bratislava (1992), Tallin (1993)³, Sankt Petersburg, Kiew und Sofia (1994) baute sie bis Mitte der 1990er Jahre ein Netzwerk auf, das bis heute eine wichtige Grundlage ihrer Arbeit bildet.³

Beispiel Polen: Aufbauphase nach der Wende

Geradezu symbolische Bedeutung hatte die Eröffnung der ersten Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen, die am 10. November 1989 im Warschauer Schloss stattfand. Seit mehr als zehn Jahren verfügte die KAS über Kontakte zu polnischen Partnern im oppositionellen Spektrum, insbe-

sondere zu kirchlichen Kreisen. So lag es nahe, in diesem wichtigen Nachbarland „Flagge zu zeigen“. Gleichzeitig war dieser Schritt auch ein Zeichen der Anerkennung für Polens Beitrag beim Kampf für Demokratie und Menschenrechte in ganz Europa.

Die Ziele der KAS ergaben sich aus den Notwendigkeiten der Transformation, den Bedürfnissen der polnischen Seite und den Möglichkeiten einer deutschen politischen Stiftung. Folgende Themen standen zu Beginn des Engagements der KAS in Polen im Mittelpunkt: Unterstützung bei der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, Aufbau des Rechtsstaates und Dezentralisierung der Verwaltung, Verbesserung der bilateralen Beziehungen. Dabei arbeitete die KAS mit polnischen Partnerorganisationen zusammen, die im Folgenden kurz beschrieben werden sollen:

- **Stiftung zur Entwicklung der Katholischen Universität Lublin**
Als eine der wenigen unabhängigen Einrichtungen während der kommunistischen Zeit spielte die Hochschule damals bereits eine wichtige Rolle bei der Ausbildung von Führungskräften und beim Aufbau von Kontakten ins Ausland. Nach der Wende übernahmen Dozenten und Absolventen der Katholischen Universität wichtige politische Ämter (zum Beispiel Premierministerin Hanna Suchocka). Über die Lubliner Hochschule konnte die KAS ihr Kontaktnetz zu Eliten des Landes, die dem christlich-demokratischen Menschenbild nahe standen, ausbauen. Ein Gemeinschaftsprojekt zwischen KAS und der neu gegründeten Stiftung der Hochschule war ein zweijähriger Studiengang für Kommunale Selbstverwaltung.
- **Stiftung der Akademie für Katholische Theologie**
Bereits seit Mitte der 1980er Jahre hatte die Akademie den Weg der wirtschaftlichen und politischen Reformen in Polen vorbe-

reitet. Mit Unterstützung der KAS wurde 1991 das Institut für Soziale Marktwirtschaft gegründet, das Seminarveranstaltungen durchführt und Publikationen herausgibt.

- **Zentrum für Lokale Selbstverwaltung Hirschberg**
Der Schwerpunkt des Zentrums, das landesweit tätig ist, liegt im Bereich von Schulungsmaßnahmen für Kommunalbeamte und kommunale Politiker. Die Lage im Dreiländereck Polen–Deutschland–Tschechien ermöglichte es, dass bereits zu einem frühen Zeitpunkt Themen der grenzüberschreitenden Kooperation aufgenommen wurden.
- **Institut für Marktwirtschaft Danzig**
Das Danziger Institut, das 1989 gegründet wurde, zählt zu den ersten unabhängigen Forschungsinstituten im gesamten ehemaligen Ostblock. Vom Institut und ihren Führungspersonlichkeiten (Dr. Jan Szomburg und Dr. Janusz Lewandowski) sind die wichtigsten Impulse der wirtschaftlichen Reformen während der Solidarnosc-Regierungen Mazowiecki, Bielecki und Suchocka ausgegangen. Durch die Kooperation mit der KAS konnten Wissenschaftler an das Institut gebunden werden, die auch gute Chancen auf eine Beschäftigung im Ausland oder in der privaten Wirtschaft gehabt hätten.

Große Erfolge konnte die KAS zwischen 1990 und 1994 in der Kommunalen Selbstverwaltung erzielen, die für den Aufbau demokratischer Strukturen von zentraler Bedeutung ist. Die Vorlagen deutsch-polnischer Expertenteams flossen unmittelbar in Gesetzentwürfe ein, die im polnischen Parlament und Senat verabschiedet wurden (zum Beispiel Gesetz zur Finanzierung der Gemeinden, Gesetz zur Einführung der Kreisverwaltungen, Gesetz zur Übernahme der Grundschulden durch die Gemeinden). Hervorzuheben ist hier auch das erste polnische Kommunalhand-

buch, das an circa 2 500 Gemeinden als „Loseblattsammlung“ verteilt wurde und noch heute als Standardwerk der polnischen Kommunalverwaltung gilt. Im Bereich der Wirtschaftstransformation war es insbesondere das Danziger Partnerinstitut, das unmittelbaren Einfluss auf politische Entscheidungen ausgeübt hat. Neben dem Anstoß grundsätzlicher Debatten über Privatisierung und Liberalisierung der Wirtschaft wurde in Einzelfällen auch hier die Gesetzgebung mit gestaltet (zum Beispiel Gesetzentwurf über genossenschaftliche Sparkassen).

In den deutsch-polnischen Beziehungen konnte nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ auch insoweit eine deutliche Verbesserung erzielt werden als, die KAS zu einer Verstärkung der „deutschlandorientierten Fraktion“ unter den Politikern beigetragen hat⁴. Hier spielte insbesondere der Aufbau von Kontakten zwischen jungen Politikern auf deutscher und polnischer Seite eine wichtige Rolle.

Der polnische Weg in die Europäische Union

Mitte der 1990er Jahre waren die wichtigsten Grundlagen für die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft gelegt. In den Bereichen Verwaltungsaufbau, Regionalisierung und Aufbau wirtschaftlicher Strukturen engagierten sich inzwischen auch andere, oft staatliche Institutionen mit großem finanziellen Einsatz. Für die Stiftung hatte diese Entwicklung eine Neudefinition ihrer Ziele zur Folge. Nachdem den jungen Demokratien Ostmitteleuropas auf dem Kopenhagener Gipfel 1993 eine Beitrittsperspektive eröffnet wurde, stand seit Anfang 1994 die Heranführung an die Europäische Union auf der Agenda Polens und damit auch auf derjenigen der Konrad-Adenauer-Stiftung. Durch eine Ausweitung der Eigenmaßnahmen⁵ und die Identifizierung neuer Kooperationspartner trug die KAS dieser Entwicklung Rech-

nung. Folgende Partner, die Mitte der 1990er Jahre in die Förderung aufgenommen wurden, sind bis heute Kooperationspartner der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen:

- Konrad-Adenauer-Zentrum für europäische Integration an der Universität Wrocław (Breslau)

In der durch die deutsch-polnische Geschichte und die Folgen des Zweiten Weltkrieges in besonderer Weise belasteten Stadt Breslau entstand an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität bereits 1994 die Idee, Aspekte der Europäischen Integration in die Ausbildung angehender Juristen und Verwaltungswissenschaftler einzuführen. Für die KAS war dies ein besonders förderungswürdiges Projekt, mit dem die Ziele Europäische Integration, deutsch-polnische Aussöhnung und Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen verbunden werden konnten. Mit Unterstützung der KAS wurden Gastdozenten und ausländische Experten für den Studiengang verpflichtet.

- Zentrum für Internationale Beziehungen
Hierbei handelt es sich um ein führendes außenpolitisches Forschungsinstitut, das von dem ehemaligen Botschafter Polens in Deutschland, Janusz Reiter, geleitet wird. Schwerpunkte des Instituts sind die Themen Sicherheitspolitik, europäische Integration, deutsch-polnische Beziehungen und polnische Ostpolitik. Nach dem 11. September 2001 hat das Zentrum mit Beiträgen zum internationalen Terrorismus, zur europäischen und transatlantischen Sicherheitspolitik sowie zum Irak-Krieg die öffentliche Debatte in Polen maßgeblich beeinflusst.
- Polnische Robert-Schuman-Stiftung
Einer der Stiftungsgründer war der erste nichtkommunistische Ministerpräsident Polens, Tadeusz Mazowiecki. Ziel der Stiftung, die landesweit arbeitet, ist die Förderung des europäischen Gedankens in Po-

len. Mit ihren Wettbewerben, Konferenzen und Schulungen spricht sie vor allem junge Leute an. Die Stiftung organisiert jährlich in Warschau ein „Europatreffen“, bei dem sich Hunderte lokale und regionale Organisationen präsentieren, die in Sachen Europa engagiert sind.

Im Zuge der Vorbereitung auf den polnischen EU-Beitritt traten zwischen Deutschland und Polen immer wieder Spannungen auf, die in den Folgen des Zweiten Weltkrieges begründet waren (zum Beispiel Streit um die Rückgabe von Kulturgütern, Entschädigung polnischer Zwangsarbeiter). Zuletzt stellte die Diskussion um das Zentrum gegen Vertreibungen den deutsch-polnischen Aussöhnungsprozess auf eine erneute Bewährungsprobe. Der Außenstelle Warschau ist es in dieser schwierigen Phase gelungen, exponierte Persönlichkeiten aus Deutschland und Polen zusammenzuführen, die ohne diese neutrale Plattform nicht zum Dialog bereit gewesen wären. Mit Informationsveranstaltungen konnte die KAS darüber hinaus zu einer Versachlichung der Debatte beitragen.

Noch vor Beginn der Beitrittsverhandlungen war die KAS eine der wenigen Institutionen, die Konferenzen und Seminare über die künftige Ausgestaltung der Europäischen Union und Polens Rolle in Europa organisierte. Damit hat sie frühzeitig eine Debatte angestoßen, die bis heute andauert. Zusammen mit ihren Partnern hat die KAS im Vorfeld des EU-Referendums eine breit angelegte Informationskampagne gestartet. Mit publikumswirksamen Großveranstaltungen, speziell in Ostpolen, Rundfunksendungen sowie einem Projekt „Ja-im-EU-Referendum“ hat insbesondere die Robert-Schuman-Stiftung das Interesse für die Thematik bei unterschiedlichen Zielgruppen gestärkt und schließlich zum positiven Ausgang des Referendums beigetragen⁶.

Seit Mitte der 1990er Jahre hat die Außenstelle gezielt damit begonnen, Kontakte zwi-

schen den liberal-konservativen Parteien Polens und der CDU Deutschlands beziehungsweise der Europäischen Volkspartei aufzubauen. Zu ihren Verdiensten gehört insbesondere die Vermittlung der Beziehungen auf der Ebene von Jugendorganisationen und Studentenverbänden auf beiden Seiten. Schulungen und Workshops förderten das Wissen über das jeweils andere Land und trugen zu einer Professionalisierung der jungen Politiker bei. Gleichzeitig wurden Vorurteile abgebaut und Netzwerke geknüpft, die für die deutsch-polnischen Beziehungen bis heute von Bedeutung sind. Die Zersplitterung der Parteienlandschaft Polens konnte sie jedoch nicht verhindern.

Bilanz der Aktivitäten

15 Jahre Arbeit einer politischen Stiftung in einem Transformationsland konnten hier nur in Ausschnitten dargestellt werden. Welche Fortschritte letztlich auf die Arbeit der Stiftung zurückzuführen sind, lässt sich nur schwer nachweisen. Dies liegt in der Natur der Themen. Von vielen Seiten wird der Stiftung jedoch bescheinigt, dass sie einen wichtigen Beitrag auf dem Weg Polens in die Europäische Union geleistet hat. Diese Aussage gilt für die politischen Stiftungen insgesamt. Die Leistungen und Erfolge der politischen Stiftungen sind auch darauf zurückzuführen, dass sie unterschiedliche weltanschauliche Klientelen bedienen. Gerade in so heiklen Fragen wie den deutsch-polnischen Beziehungen oder dem Aufbau von Parteien haben die Stiftungen durch ihre Wertorientierung Zugang zu Entscheidungsträgern, den neutralen Beratungsinstituten nicht hätten; die Leistung der Stiftungen ist daher in ihrer Gesamtheit zu sehen. Kontinuität der Arbeit ist ein weiterer wichtiger Vorteil gegenüber anderen Organisationen, die sich in einer bestimmten Phase in einem Land engagieren und dann in eine andere „Krisenregion“ wechseln. Eine Schlüsselrolle spielt hierbei

der Auslandsmitarbeiter, der in der Lage sein muss, sich auf die Mentalität des Gastlandes einzustellen und im Heimatland ausreichend vernetzt sein muss, um Kontakte auf allen Ebenen zu vermitteln.

Mit dem Beitritt von Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen zur Europäischen Union ist das Engagement der Stiftungen in diesen Ländern nicht beendet. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der damit verbundene Anpassungsdruck stellt die jungen Demokratien vor neue Herausforderungen, die durchaus mit dem Umbruch von 1990 vergleichbar sind. Hier gilt es, sowohl die deutschen Erfahrungen als auch Erfahrungen „jüngerer“ Beitrittsländer nutzbar zu machen. Darüber hinaus muss der politische Dialog zwischen „alten“ und „neuen“ Mit-

gliedstaaten angeregt beziehungsweise fortgeführt werden. Neben der künftigen Gestaltung der Europäischen Union und ihrer Wertedimension werden dabei auch außenpolitische und transatlantische Themen wie die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus im Mittelpunkt stehen. Mit ihren Netzwerken können die Stiftungen hier eine wichtige Mittlerrolle übernehmen. Gleiches gilt für die Aufarbeitung der Vergangenheit, die mit der „Wiedervereinigung“ Europas keineswegs abgeschlossen ist.

Schließlich werden die Stiftungen das Potenzial ihrer Partner in den Beitrittsländern nutzen, um Transformationsprozesse in denjenigen Ländern zu unterstützen, die heute die Außengrenze der Europäischen Union bilden.

-
- 1 Anders als die neuen, aus sozialen Bewegungen hervorgegangenen Parteien verfügten die sozialistischen Nachfolgeparteien über eine beachtliche Mitgliederstruktur, einen funktionierenden Apparat und gut ausgebildete Eliten.
 - 2 Außenstellen sind Büros der Stiftung, die von einer entsandten Kraft geleitet werden und in der Regel drei bis vier örtliche Mitarbeiter beschäftigen. In Riga und Vilnius errichtete die Stiftung Verbindungsbüros, die mit einheimischen Kräften besetzt waren.
 - 3 Nach dem Ende des Bosnien-Krieges wurde ab 1997 schließlich auch die Arbeit in Südosteuropa mit Büros in Sarajevo (1997), Bukarest (1998), Zagreb, Skopje (2000) sowie Belgrad (2001) aufgenommen. Zur aktuellen Struktur der Außenstellen in Europa siehe www.kas.de.
 - 4 Aufgrund der großen Zahl von Exilpolen in den Vereinigten Staaten bestanden traditionell enge Bindungen dorthin. Dagegen waren die Beziehungen zu Deutschland durch den Zweiten Weltkrieg belastet. Einige der neuen polnischen Führungspolitiker hatten bekanntlich nicht nur unter den Kommunisten gelitten, sondern sind bereits während der NS-Zeit in Konzentrationslagern inhaftiert gewesen.
 - 5 Eigenmaßnahmen sind Konferenzen, Seminare, Besuchsprogramme, Stipendien, Publikationen etc., welche die KAS in Eigenregie durchführt. Dieses Instrument ermöglicht es, flexibel auf aktuelle Bedürfnisse zu reagieren und punktuell mit verschiedenen Institutionen zusammenzuarbeiten.
 - 6 Am 7./8. Juni 2003 stimmten 77,45 Prozent der Polen für den Beitritt. Mit einer Wahlbeteiligung von 58,8 Prozent wurde die 50-Prozent-Hürde nur knapp überschritten.